

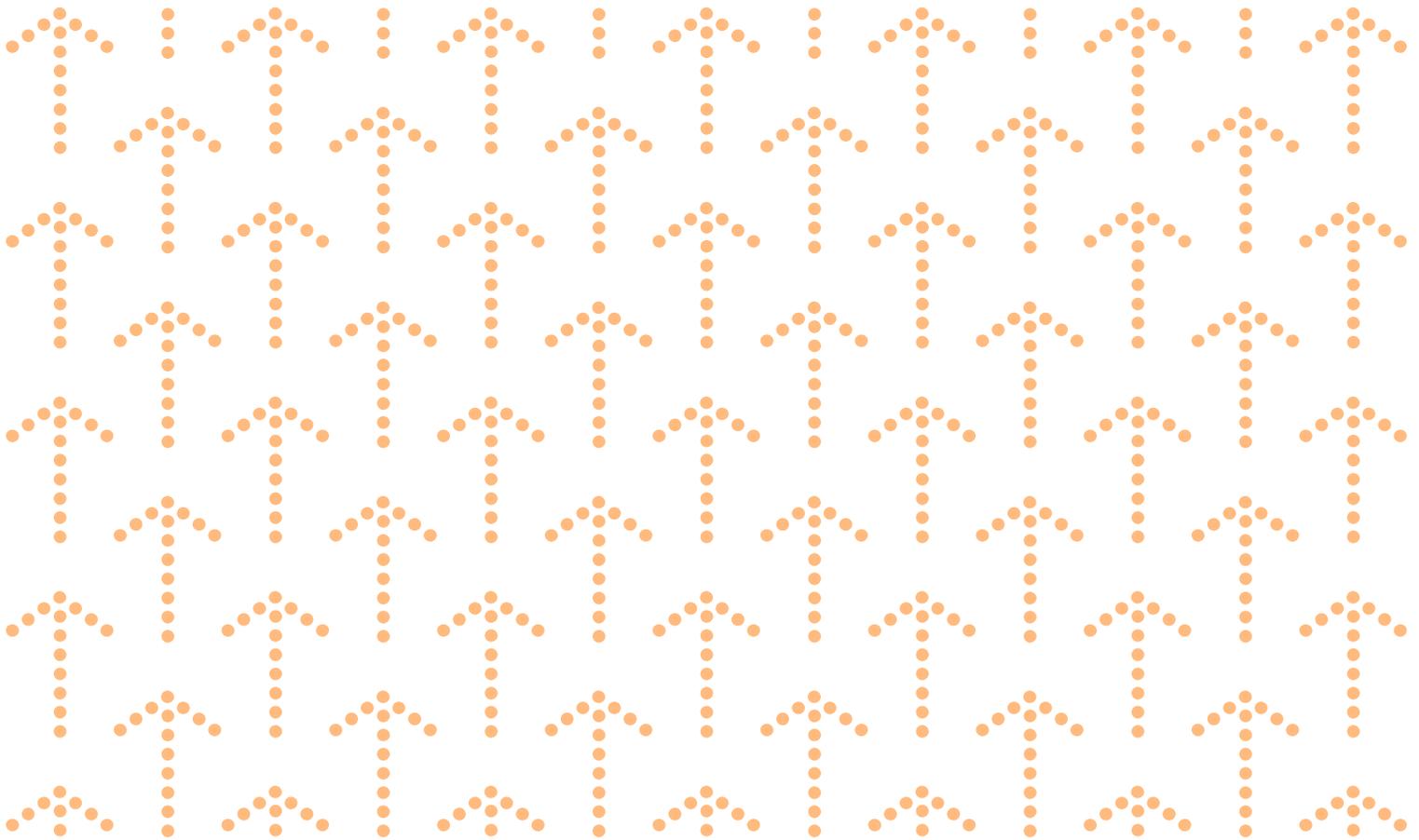
DUDEN

ABI IM GRIFF GESCHICHTE

DEIN TRAINING FÜR DIE OBERSTUFE
MACH DICH FIT – SCHRITT FÜR SCHRITT

Duden

ABI IM GRIFF GESCHICHTE



Dudenverlag
Berlin

Bildquellenverzeichnis:

Bibliothek für Zeitgeschichte in der Württembergischen Landesbibliothek: 101;
bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte: 31, 50, 99/1, 99/2;
Bundesarchiv, Plak 005-004-006: 110; Walter Hanel (Künstler), Haus der Geschichte,
Bonn: 81; picture-alliance/akg-images: 16, 20, 71; picture-alliance/dpa: 61

Hinweis zu verwendeten Texten:

Es wurde größte Sorgfalt darauf verwendet, entsprechende Genehmigungen der
Rechteinhaber für die verwendeten Textbeiträge zu bekommen. Trotzdem gibt es
Fälle, in denen sämtliche Anfragen zur Lizenzvergabe unbeantwortet blieben.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Das Wort **Duden** ist für den Verlag Bibliographisches Institut GmbH
als Marke geschützt.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Verlages
in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren),
auch nicht für Zwecke der Unterrichtsgestaltung, reproduziert oder unter
Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder
verbreitet werden.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nicht gestattet.

© Duden 2016 D C B A

Bibliographisches Institut GmbH, Mecklenburgische Straße 53, 14197 Berlin

Redaktionelle Leitung David Harvie

Redaktion Dr. Birgit Scholz

Autoren Steffen Antes, Asmut Brückmann, Lydia Hagemann,
Mathias Kögler, Henning Kratsch, Stephan Mund, Thomas Nothers,
Frank Tegeler

Herstellung Maike Häßler

Layout und Satz Sigrid Hecker, Mannheim

Umschlaggestaltung sauerhöfer design, Neustadt an der Weinstraße

Druck und Bindung Heenemann GmbH & Co. KG,

Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin

Printed in Germany

ISBN 978-3-411-77003-8

Auch als E-Book erhältlich unter: ISBN 978-3-411-91201-8

www.duden.de

Inhalt

Vorwort	4
Die Abiturprüfung Geschichte – Tipps zur Vorbereitung und zum Umgang mit diesem Buch	5
Grundlegung einer modernen Gesellschaft	
Revolution und Partizipation	11
Industrialisierung	21
Politische Ordnungssysteme im 19. Jahrhundert	32
Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert	
Weimarer Republik	43
Nationalsozialismus	53
Deutschland 1945 bis 1990 – die Bundesrepublik Deutschland	63
Deutschland 1945 bis 1990 – die Deutsche Demokratische Republik	73
Krieg und Frieden im 20. Jahrhundert	
Imperialismus und Erster Weltkrieg	84
Zweiter Weltkrieg	94
Kalter Krieg	105
Europäische Einigung	115
Lösungen	125

Vorwort

Liebe Schülerin, lieber Schüler,

dieses Buch aus der Reihe „Abi im Griff“ unterstützt Sie optimal während der gesamten Oberstufe, insbesondere bei der gezielten Abiturvorbereitung im Fach Geschichte. Alle relevanten Prüfungsthemen sind verständlich erklärt bzw. für das wiederholende Lernen aufbereitet und auf das Wesentliche konzentriert.

Jedes Prüfungsthema beinhaltet prägnante Kurzdarstellungen bestehend aus Begriffen, Fakten und grundlegenden Methoden. Anhand von gut strukturierten und nachvollziehbaren Schritt-für-Schritt-Anleitungen wird Ihnen so der zur Abiturprüfung nötige, meistens komplexe, Lernstoff verständlich.

Zu jedem Teilgebiet gibt es einzelne Aufgaben aus allen drei Anforderungsbereichen, mit deren Hilfe Sie selbstständig arbeiten und zuvor Gelerntes anwenden können.

Die ausführlichen Lösungen finden Sie am Ende des Buches.

Viel Erfolg bei der bevorstehenden Abiturprüfung!

Die Abiturprüfung Geschichte

Tipps zur Vorbereitung und zum Umgang mit diesem Buch

Inhalt und Aufbau einer Klausur

Im Fach Geschichte bestehen die Klausuren und die schriftliche Abiturprüfung aus einer Quelleninterpretation, die eine Analyse, ein Sachurteil und eine Bewertung umfasst. Man unterscheidet im Allgemeinen

- Quellen aus dem zu behandelnden Zeitraum und
- Darstellungen (z. B. wissenschaftliche Literatur, journalistische Texte, Reden) aus späterer Zeit über den behandelten Zeitraum.

Die Teilaufgaben entsprechen meist drei unterschiedlichen Anforderungsbereichen (AFB). Manchmal können sie nicht eindeutig einem Anforderungsbereich zugeordnet werden. Im Allgemeinen soll z. B. eine Quelle

- im AFB I sprachlich analysiert werden,
- im AFB II historisch eingeordnet werden und
- im AFB III schließlich beurteilt und bewertet werden.

Der Schwerpunkt der Aufgabe liegt im AFB II, in dem die Reorganisation und der Transfer geschichtlichen Wissens erbracht werden müssen. Ausschließlich im AFB I erbrachte Leistungen reichen kaum aus, um die Prüfung zu bestehen. Mit Leistungen im AFB I und AFB II kann ein befriedigendes Gesamtergebnis erzielt werden. Für gute und bessere Bewertungen müssen zusätzlich Leistungen im AFB III erbracht werden..

Bereich	Bedeutung	Anteil an der Bewertung
AFB I: Wiedergabe (Reproduktion) von gelerntem Wissen	u. a. wiedergeben, beschreiben, aufzählen	20–30 %
AFB II: Reorganisation und Transfer	u. a. selbstständiges Anwenden von Wissen in neuen Zusammenhängen	40–65 %
AFB III: Reflexion und Problemlösung	u. a. Verarbeitung komplexer Aufgaben, wobei die eigene Urteilsfähigkeit wesentlich ist	15–30 %

Die Operatoren

Für die Lösung einer Aufgabe ist es wichtig, schnell den Schwierigkeitsgrad beurteilen zu können. Dies gelingt, wenn man die genauen Formulierungen der Arbeitsanweisungen, die sogenannten Operatoren, beachtet. An den Operatoren lässt sich in vielen Fällen mehr oder weniger eindeutig erkennen, welchem der drei unterschiedlichen Anforderungsbereiche die Aufgabe zuzuordnen ist.

Bei einer ganzen Reihe von Operatoren ist diese Zuordnung allerdings nicht eindeutig und hängt von der Gesamtformulierung der Aufgabe ab.

vorwiegend AFB I	
Operator	Bedeutung
Nennen Sie ... Zählen Sie ... auf Bezeichnen Sie ... Geben Sie an ... Geben Sie ... wieder	Informationen aus dem Material oder dem eigenen Wissen ohne weiter gehende Erläuterungen, aber unter Verwendung der Fachsprache strukturiert wiedergeben
Beschreiben Sie ... Schildern Sie ... Skizzieren Sie ... Stellen Sie ... zusammen Fassen Sie ... zusammen Zeigen Sie ... auf	Sachverhalte, Probleme, Aussagen benennen bzw. wiedergeben
vorwiegend AFB II	
Analysieren Sie ... Untersuchen Sie ...	Quellen oder Sachverhalte nach Kriterien erschließen
Begründen Sie ... Weisen Sie ... nach	Aussagen, Urteile, Thesen, Wertungen mit Beispielen und Belegen argumentativ stützen
Zeichnen Sie ... Stellen Sie grafisch dar ...	Sachverhalte, Beobachtungen, Ergebnisse, Messwerte u. Ä. übersichtlich darstellen
Charakterisieren Sie ...	das Kennzeichnende eines Sachverhalts beschreiben und erklären
Ordnen Sie ... ein	einen Sachverhalt in einen historischen Zusammenhang stellen
Erklären Sie ...	einen Sachverhalt oder Zusammenhänge darlegen und einer Theorie (einem Modell) zuordnen
Erläutern Sie ...	einen Sachverhalt oder Zusammenhang darlegen, einer Theorie (einem Modell) zuordnen und mit zusätzlichen Informationen/Beispielen verdeutlichen
Arbeiten Sie ... heraus	nicht explizit genannte Sachverhalte darlegen und erklären
Stellen Sie ... gegenüber	Sachverhalte, Probleme, Aussagen knapp wiedergeben und argumentierend gewichten
Widerlegen Sie ...	einen Sachverhalt darlegen und Argumente gegen eine These anführen
vorwiegend AFB III	
Beurteilen Sie ...	den Stellenwert von Sachverhalten in einem Zusammenhang bestimmen und ohne persönlichen Wertebezug zu einem begründeten Sachurteil gelangen
Bewerten Sie ... Nehmen Sie ... Stellung	den Stellenwert von Sachverhalten auf der Basis von Pluralität und mit persönlichem Wertebezug in einem größeren Zusammenhang bestimmen
Entwickeln Sie ...	Analyseergebnisse synthetisieren und zu einer eigenen Deutung gelangen
Setzen Sie sich ... aus- einander Diskutieren Sie ...	zu einer Problemstellung oder These eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt
Überprüfen Sie ... Prüfen Sie ...	die Richtigkeit von Aussagen (Hypothesen, Thesen, Urteilen) über Sachverhalte untersuchen
Vergleichen Sie ...	auf der Basis von Kriterien Sachverhalte gegenüberstellen und Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede herausarbeiten und beurteilen

Interpretieren Sie ...	Sinnzusammenhänge erschließen und dazu auf der Basis von Analyse, Sachurteil und Bewertung Stellung nehmen
Erörtern Sie ...	eine These oder Problemstellung mit Pro- und Kontra-Argumenten prüfen und dazu Stellung nehmen
Stellen Sie ... dar Legen Sie ... dar	Zustände oder Zusammenhänge beschreiben, erklären und beurteilen

Die Erläuterungen zu den Operatoren sind in den Lehrplänen der verschiedenen Bundesländer leicht unterschiedlich formuliert. Hier in der Übersicht ist nur eine mögliche Variante abgedruckt. Unter den Tipps bei den Aufgaben werden Sie weitere Formulierungen finden. Prägen Sie sich diejenige Erklärung ein, die für Sie am verständlichsten und hilfreichsten ist.

Tipps zum Bearbeiten der Klausuraufgaben

- Machen Sie sich zu Anfang der Prüfung einen Zeitplan. Wichtig ist, auch genügend Zeit für Pausen und für ein abschließendes Durchlesen des Geschriebenen einzuplanen.
- Lesen Sie alle Aufgaben, die zu einem Themengebiet gehören, in Ruhe im Zusammenhang durch. Geraten Sie nicht in Panik, wenn Unklarheiten oder Verständnisschwierigkeiten auftreten. Probleme lassen sich nur durch Nachdenken und in Ruhe lösen. Bedenken Sie, dass vieles nach einiger Zeit der Auseinandersetzung klarer wird.
- Bearbeiten Sie die Aufgaben nach Möglichkeit in der vorgegebenen Reihenfolge. Die Aufgaben sind i. d. R. so gestellt, dass sie vom einfacheren zum komplexeren Sachverhalt fortschreiten. Damit können die vorherigen Aufgaben bzw. deren Lösungen die gedanklichen Voraussetzungen für die darauf folgenden Problemstellungen liefern. Sollten Sie jedoch bemerken, dass Sie nicht weiterkommen, dann beißen Sie sich nicht fest, sondern gehen Sie zur nächsten Aufgabe über. Lassen Sie in Ihren Aufzeichnungen genügend Platz, um das Fehlende später nachzutragen.
- Überlegen Sie bei jeder Aufgabe genau, wo das eigentliche Problem liegt. Klären Sie, was noch zum weiteren Zusammenhang gehört. Grenzen Sie aber auch die Problemstellung gegenüber unwesentlichen und nicht mehr zum Thema gehörenden Aspekten ab.
- Überlegen Sie, wie Sie die Aufgabe lösen. Überprüfen Sie dabei, welche Lösungsansätze in der Aufgabenstellung und in den zugehörigen Materialien bereits enthalten sind.
- Achten Sie bei Ihren Ausführungen auf gedankliche Vollständigkeit. Schreiben Sie alle Teilaspekte, die zum Gesamtproblem gehören, auf. Achten Sie dabei auf die logische Verknüpfung der Einzelsätze und auf eine sinnvolle Gliederung Ihrer Antwort.
- Benutzen Sie Fachausdrücke bei der Beantwortung der Fragen.
- Vor allem bei schwierigen Aufgaben ist es besser, wenn Sie Ihre Gedanken zunächst stichwortartig auf Konzeptpapier schreiben und dann erst in der Reinschrift exakt ausformulieren. Das verhilft Ihnen zu klareren Formulierungen und erleichtert dem Korrektor die Arbeit.
- Nehmen Sie sich nach Bearbeitung aller Teilaufgaben die Zeit, noch einmal alles durchzulesen. Dabei lassen sich wichtige Ergänzungen anbringen und eventuelle Fehler korrigieren. Achten Sie dabei auch auf die Einhaltung der Regeln für Rechtschreibung, Zeichensetzung und Grammatik.

Tipps zur Vorbereitung mit diesem Buch

Jedes der elf Kapitel bietet den für das Abitur relevanten Stoff gut strukturiert an, sodass Sie ihn lernen und damit arbeiten können. Jedes Kapitel enthält:

■ Leitfragen

Das sind Fragen, die Ihnen helfen zu erkennen, was an einem Thema wichtig ist und auf welche Zusammenhänge Sie beim Lernen achten sollten. Wenn Sie auf diese Fragen antworten können, zeigen Sie, dass Sie sich in diesem Thema auskennen.

■ Wichtige Daten

Diese Daten (pro Thema nicht mehr als zehn) helfen Ihnen bei der Orientierung im Thema oder wenn es darum geht, eine Quelle in den historischen Kontext einzuordnen. Sie sollten sie daher auswendig lernen.

■ Wichtige Begriffe

Diese Fachbegriffe sollten Sie kennen, erklären können und in der Klausur verwenden. Damit zeigen Sie Ihr Fachwissen. Fachbegriffe, die unter „Wichtige Begriffe“ erklärt sind und in den Kurzdarstellungen oder in anderen Kapiteln wieder auftauchen, sind mit dem Hinweis →B versehen. Die Begriffserklärung finden Sie mithilfe der alphabetischen Übersicht auf Seite 9.

■ Wichtige Personen

Es war bei jedem Thema aus Platzgründen nur möglich, eine kleine Auswahl von Personen vorzustellen. Diese stehen daher beispielhaft für andere, die nicht aufgenommen werden konnten, z. B. steht James Watt für die Erfinder, die die Industrialisierung vorangebracht haben, oder Sophie Scholl steht für Jugendliche, die im Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben. Sie können die Liste also nach Ihren Vorlieben und Interessen ergänzen. Wichtig für die Abiprüfung ist hier nicht die Kenntnis der Lebensdaten, sondern dass Sie wissen, welche Rolle eine Person in ihrer Zeit gespielt oder was sie geleistet hat. Personen, die unter „Wichtige Personen“ vorgestellt sind und in den Kurzdarstellungen oder in anderen Kapiteln wieder auftauchen, sind mit dem Hinweis →P versehen. Die biografischen Daten finden Sie mithilfe der alphabetischen Übersicht auf Seite 10.

■ Kurzdarstellung des Themas

Hier finden Sie auf einer Doppelseite die wichtigsten Fakten zu einem Thema stichwortartig zusammengestellt. Diese Fakten sollten Sie kennen und anhand der Stichworte im Zusammenhang erläutern können. Sollten Sie dabei Wissenslücken feststellen, empfiehlt es sich, das Thema noch einmal im Schulbuch nachzulesen.

■ Methode mit Anwendungsbeispiel

In jedem Kapitel wird eine Methode vorgestellt bzw. wiederholt und an einem Beispiel angewendet. Die meisten Methoden werden Sie aus dem Unterricht kennen. Die Auswahl beschränkt sich hier auf Methoden, die im schriftlichen Abitur gefragt sein könnten. Bei den folgenden Trainingsaufgaben finden Sie Hinweise, wenn Sie sich bei der Lösung an einer der vorgestellten Methoden orientieren können.

■ Trainingsaufgaben

Jedes Kapitel enthält fünf bis sechs Aufgaben zum Üben mit den dazugehörigen Lösungen im Anhang. Hier können Sie Ihr Wissen über Daten, Begriffe, Personen, Fakten und nicht zuletzt Ihr Methodenwissen anwenden.

Unter diesen Aufgaben finden Sie fünf Originalprüfungsaufgaben, nämlich die Aufgaben 3, 4 und 5 zum Thema DDR sowie die Aufgaben 1 und 4 zum Thema Zweiter Weltkrieg.

Übersicht über die erklärten Begriffe

- 14-Punkte-Programm 84
 Abschreckung 105
 Alliierte 94
 Ancien Régime 11
 Antisemitismus 32
 APO 63
 Appeasement 53
 Arbeiter-und-Bau-
 ern-Staat 73
 Arisierung 53
 Aufklärung 11
 Bedingungslose
 Kapitulation 94
 Binnenmarkt 115
 „Blitzkrieg“ 94
 Blockfreie Staaten 105
 Blockparteien 73
 Breschnew-Doktrin 105
 Bundesverfassungs-
 gericht 64
 Burgfrieden 84
 Burschenschaften 32
 Demokraten 32
 Deutsche Frage 63
 Dolchstoßlegende 43
 Dritter Stand in Frankreich 11
 Drittes Reich 53
 EFTA 115
 EGKS, s. Montanunion
 „Eiserner Vorhang“ 105
 Entente 84
 Entnazifizierung 63
 Entspannungspolitik 105
 Europäische Gemein-
 schaften (EG) 115
 Europäische Verfassung 116
 Europäische Wirtschafts-
 gemeinschaft (EWG) 116
 Europarat 115
 Eurozone 116
 Flächenbombardements 94
 „Flexible Response“ 105
 Freie Deutsche Jugend
 (FDJ) 73
 Freikorps 43
 „Friedliche Koexistenz“ 106
 Führerprinzip 53
 Generalstände 12
 Gewaltenteilung 12
 Gewerkschaft 21
 Glasnost und Perestroika 73
 Gleichschaltung 53
 Goldene Zwanzigerjahre 43
 Grundgesetz (GG) 64
 Hallstein-Doktrin 64
 Heilige Allianz 32
 Heimatfront 84
 Imperialismus 84
 Industrielle Revolution 21
 Inflation 43
 Kapitalismus 21
 Kolonialismus 84
 Kommunismus 21
 Konzentrationslager (KZ) 53
 Kriegskonferenzen 94
 Kriegsverbrechen 94
 KSZE-Prozess 106
 Legitimität 33
 Liberale 33
 Marktwirtschaft 64
 Marshall-Plan 106
 Massenorganisationen 74
 „Massive Vergeltung“ 106
 Mehrheitswahlrecht 33
 Ministerium für Staats-
 sicherheit (Stasi) 74
 Montanunion 106
 Nation 33
 Nationalismus/
 Chauvinismus 33
 Nationalstaat 33
 Nationalversammlung 12
 NATO-Doppelbeschluss 106
 Neues Ökonomisches System
 (der Planung und Leitung),
 NÖS(PEL) 74
 Notverordnungen 44
 OSZE 116
 Panslawismus 85
 Pauperismus 22
 Perestroika, s. Glasnost und
 Perestroika
 Planwirtschaft 74
 Pogrom 54
 Präsidialkabinett 44
 Rassentheorie 54
 Rätssystem 44
 Résistance 95
 Restauration 33
 Revolution 12
 Rote-Armee-Fraktion
 (RAF) 64
 SA, s. Sturmabteilung
 Satellitenstaat 106
 Schengenraum 116
 Schutzstaffel (SS) 54
 „Schwarzer Freitag“ 44
 SED 74
 Selbstbestimmungsrecht
 der Völker 85
 Solidarität 33
 Soziale Frage 22
 Soziale Marktwirtschaft 64
 Sozialismus 22
 SS, s. Schutzstaffel
 Stand 12
 Stasi, s. Ministerium für
 Staatssicherheit
 Stellungskrieg 85
 Stellvertreterkrieg 106
 Studentenbewegung 64
 Sturmabteilung (SA) 54
 Totaler Krieg 85
 Totalitarismus 54
 Truman-Doktrin 106
 Unionsbürgerschaft 116
 Verhältniswahlrecht 44
 Vernichtungskrieg 95
 „Vichy-Frankreich“ 95
 Völkerbund 85
 Völkermord 54
 Volkseigener Betrieb (VEB) 74
 Volksgerichtshof 54
 Volkssouveränität 12
 Volkssturm 95
 Vormärz 33
 Wehrmacht 95
 Westintegration 64
 Wirtschaftsliberalismus 22
 „Wirtschaftswunder“ 64
 Zwangsarbeiter 95



Übersicht über die vorgestellten Personen

Adenauer, Konrad 64, 116	Himmler, Heinrich 54	Robespierre, Maximilien de 12
Bebel, August 22	Hindenburg, Paul von 44	Roosevelt, Franklin D. 95
Biermann, Wolf 74	Hitler, Adolf 54	Rousseau, Jean-Jacques 12
Bismarck, Otto von 33	Honecker, Erich 74	Scholl, Sophie 54
Blum, Robert 33	Juncker, Jean-Claude 116	Schuman, Robert 116
Bonhoeffer, Dietrich 54	Kennedy, John F. 106	Siemens, Werner von 22
Brandt, Willy 64	Ketteler, Wilhelm E. von 22	Smith, Adam 22
Brecht, Bertolt 44	Kohl, Helmut 64	Spaak, Paul-Henri 116
Breschnew, Leonid I. 106	Krupp, Alfred 22	Stalin, Josef 95
Brüning, Heinrich 44	Lassalle, Ferdinand 22	Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 54
Chruschtschow, Nikita S. 106	Lloyd George, David 85	Stresemann, Gustav 44
Churchill, Winston 95, 116	Locke, John 12	Suttner, Bertha Freifrau von 85
Clemenceau, Georges 85	Ludendorff, Erich 85	Truman, Harry S. 106
Dönitz, Karl 95	Ludwig XVI., König von Frankreich 12	Ulbricht, Walter 74
Ebert, Friedrich 44	Luxemburg, Rosa von 44	Voltaire 12
Eisenhower, Dwight David 95	Marx, Karl 22	Washington, George 12
Erhard, Ludwig 64	Metternich, Klemens Fürst von 33	Watt, James 22
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 33	Mielke, Erich 74	Weizsäcker, Richard von 64
Gagern, Heinrich von 33	Monnet, Jean 116	Wichern, Johann Heinrich 22
Gaulle, Charles de 95	Montesquieu, Charles de 12	Wilhelm I., König von Preußen, deutscher Kaiser 33
Goebbels, Joseph 54	Mussolini, Benito 95	Wilhelm II., deutscher Kaiser 85
Gorbatschow, Michail S. 74, 116	Napoleon I. 12	Wilson, Woodrow 85
Gropius, Walter 44	Pieck, Wilhelm 74	Zetkin, Clara 22
Hecker, Friedrich 33	Rathenau, Walther von 44	
Herwegh, Georg 33	Reagan, Ronald W. 106	
	Remarque, Erich Maria 85	

Übersicht über die vorgestellten Methoden

- Eine Karikatur interpretieren 15
- Statistiken auswerten 25
- Historische Reden untersuchen 36
- Ein Verfassungsschaubild interpretieren 47
- Einen Gesetzestext erklären 57
- Sich mit einer Stellungnahme auseinandersetzen 67
- Ein internes Dokument auswerten 77
- Historische Darstellungen auswerten 88
- Ein Foto analysieren 98
- Ein Plakat analysieren 109
- Ein Zeitungsinterview auswerten 119

Revolution und Partizipation

Leitfragen

- Was waren die Ursachen der Amerikanischen und der Französischen Revolution?
- Wer waren die Träger der beiden Revolutionen?
- Welche Bedeutung hatte die Aufklärung für beide Revolutionen?
- Führte die Französische Revolution zur Realisierung von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in Europa?
- Welche Bedeutung hatten die Amerikanische und die Französische Revolution für die Herausbildung demokratischer Gesellschaften?

Wichtige Daten

Amerikanische Revolution

1773	Boston Tea Party
1775–1783	Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg
1776	Unabhängigkeitserklärung
1787	Verfassung der USA

Französische Revolution

1789	Sturm auf die Bastille, Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte
1791	Erste Verfassung in Frankreich
1792	Frankreich wird Republik
1793–1794	Hinrichtung des Königs und Schreckensherrschaft unter Maximilien de Robespierre
1799	Putsch des Generals Napoleon Bonaparte, Ende der Revolution

Wichtige Begriffe

Ancien Régime [*frz. alte Regierungsform*] Bezeichnung für die politisch-gesellschaftliche Verfassung Frankreichs vor der Revolution 1789 sowie für die Staatsordnungen anderer europäischer Staaten vor 1789.

Aufklärung In Europa im 17. und 18. Jh. entstandene geistige Bewegung, die die autonome menschliche Vernunft zum allgemeinen Maßstab erhob: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ (Kant). Der Mensch soll sich von Unwissenheit, Aberglaube und Bevormundung befreien, sich „emanzipieren“. Vertreter: die Franzosen Montesquieu, Voltaire und Rousseau, der Brite John Locke, der Deutsche Immanuel Kant.

Dritter Stand in Frankreich Sammelbezeichnung für die gesamte politische Bevölkerung Frankreichs, die weder zum Ersten Stand (Klerus) noch zum Zweiten Stand (Adel) gehörte (ca. 98 % der Bevölkerung). Innerhalb des Dritten Standes gab es krasse Unterschiede zwischen reichen Großbürgern, städtischem Mittelstand, Kleinbürgern und der breiten Masse der meist bitterarmen Bauern und Landarbeiter (10 % Bürgertum, 88 % Bauern).

Generalstände [*frz. États généraux*] Versammlung von Vertretern der drei Stände Klerus, Adel und Dritter Stand. Ihr wichtigstes Recht war die Bewilligung der Steuern. Sie war zuletzt 1614 berufen worden.

Gewaltenteilung Die Staatsgewalt besteht aus den Teilgewalten Exekutive (ausübende Gewalt), Legislative (gesetzgebende Gewalt) und Judikative (Recht sprechende Gewalt). Ihre Konzentration in einer Hand bedroht die Freiheit der Bürger.

Nationalversammlung Versammlung gewählter Volksvertreter, die eine Verfassung ausarbeiten sollen.

Revolution [*lat. Umwälzung, tief greifende Veränderung*] Grundlegende Umwälzung einer bestehenden Ordnung, zum Beispiel der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Staat. Auch entsprechende Vorgänge in anderen Bereichen werden als „Revolution“ bezeichnet (z. B. „technische Revolution“).

Stand Rechtlich und sozial abgeschlossene Gruppe eines hierarchisch geordneten Gesellschaftssystems. Die Zugehörigkeit zu einem Stand wird durch Geburt oder Funktion bestimmt. Jeder Stand hat besondere Rechte und Pflichten. Die Standesunterschiede werden mit Theorien von der Ungleichheit der Menschen legitimiert.

Volkssouveränität Lehre von der Souveränität des Volkes („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“) im Gegensatz zur Souveränität der Krone. In modernen Demokratien übt das Volk seine Souveränität durch seine gewählten Vertreter in den Parlamenten aus.

Wichtige Personen

.....

John Locke (1632–1704) Englischer Philosoph, trat für Gewaltenteilung (gesetzgebende und ausführende Gewalt) zur Verhinderung von Willkürherrschaft ein.

Charles de Montesquieu (1689–1755) Französischer Philosoph, der in seinem Werk „Vom Geist der Gesetze“ (1748) die Lehre von der Gewaltenteilung fortführte.

Voltaire (1694–1778) (eigentlich François Marie Arouet) Französischer Philosoph, wollte mittels Vernunft die Fürsten zur Gerechtigkeit erziehen. Voltaire hielt sich 1750 auf Einladung Friedrichs II. (des Großen) am preußischen Hof auf.

Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) Französischer Philosoph, der die Freiheit und Gleichheit aller vertrat. In seiner Schrift „Der Gesellschaftsvertrag“ von 1762 entwickelte er die Idee der Volkssouveränität.

George Washington (1732–1799) Geboren in Virginia, Vermessungsingenieur und Land Spekulant, nach Ausbruch des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges Oberbefehlshaber der Continental Army. Präsident der verfassunggebenden Versammlung, 1789–1797 erster Präsident der USA.

König Ludwig XVI. (1754–1793) Letzter König des Ancien Régime von Frankreich, wurde mit der Guillotine hingerichtet.

Maximilien de Robespierre (1758–1794) Rechtsanwalt, als Vorsitzender des Wohlfahrtsausschusses seit 1793 maßgeblich für den Terror verantwortlich, 1794 hingerichtet.

Napoleon Bonaparte, Napoleon I. (1769–1821) Französischer Feldherr, stürzte 1799 die französische Regierung und erklärte die Revolution für beendet; krönte sich 1804 selbst zum Kaiser der Franzosen; erließ mit dem Code civil ein fortschrittliches Gesetzbuch; eroberte 1805–1812 große Teile Europas, bis er 1813/1815 besiegt wurde.

Kurzdarstellung

Die Amerikanische Revolution

Ursachen für Unabhängigkeitsstreben

- Mentale und politische Eigenständigkeit der Kolonisten
 - puritanisch-calvinistischer Glaube und Forderung nach religiöser Toleranz
 - Gedankengut der Aufklärung → **B** (besonders bei den gebildeten Schichten verbreitet)
 - Individualismus, Leistungsprinzip, Risikobereitschaft und Wagemut
 - politische Eigenständigkeit: Wahl der Gouverneure, Selbstverwaltung
- Ökonomische Dominanz des Mutterlandes England
 - Anwendung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik: Ausfuhr von Rohstoffen aus den Kolonien, Einfuhr von Fertigprodukten aus England, britisches Handelsmonopol
 - Erhöhung der Steuern in den Kolonien zur Deckung britischer Kriegsschulden

Verlauf

- Eskalation der Gewaltmaßnahmen von Kolonisten und britischer Regierung
 - Boykott britischer Waren, Gewalt gegen britische Steuereintreiber und Vertreter der Krone; Boston Tea Party: Amerikanische Bürger werfen britischen Tee ins Meer.
 - Forderung: Vertretung im britischen Parlament („No taxation without representation“)
 - England erhöht Druck auf Kolonien, z. B. Zwangseinquartierung von Soldaten, Schließung des Bostoner Hafens, Aufhebung von Selbstverwaltungsrechten.
- Unabhängigkeitskrieg (1775–1783)
 - Unter dem Oberbefehl George Washingtons → **P** stellen die Kolonisten eine Armee auf.
 - 1776 Unabhängigkeitserklärung der 13 Kolonien
 - Frankreich und Spanien treten auf Seiten der Kolonien in den Krieg ein.
 - Frieden von Paris: England erkennt die Unabhängigkeit der Amerikanischen Union an.

Ergebnis

- Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika

1787 Verabschiedung der bis heute gültigen Verfassung der USA mit folgenden Merkmalen:

 - Garantie der unveräußerlichen Menschenrechte (nach Locke → **P**)
 - Selbstregierung des Volkes (Demokratie) nach dem Prinzip der Volkssouveränität → **B** (nach Rousseau → **P**)
 - Gewaltenteilung → **B**: Präsident = Exekutive, Kongress = Legislative, Oberster Gerichtshof = Judikative (nach Montesquieu → **P**)
 - Schaffung eines Bundesstaates mit republikanischer Staatsform
 - Wahl zu allen Staatsämtern
 - Trennung von Staat und Kirche
 - Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft

Bedeutung

- Die USA ist der erste Staat der Welt mit einer Verfassung, die die Menschenrechte garantierte und die auf Volkssouveränität und Gewaltenteilung (Grundprinzipien der Aufklärung → **B**) beruhte. Das war in einer Zeit der absolutistischen Ständegesellschaften in Europa revolutionär.
- Einschränkungen: Das Wahlrecht der männlichen Bürger war bis 1830 an Besitz gebunden; Frauen besaßen bis 1920 keine politischen Mitbestimmungsrechte. Die Lage der Sklaven blieb ungeklärt, sie galten nicht als Bürger der USA. Erst 1964 wurden alle Wahlrechtsbeschränkungen aufgehoben.

Die Französische Revolution

Ursachen

- Gesellschaftliche Krise des Ancien Régime → **B**
 - Klerus und Adel hatten Steuerfreiheit und Privilegien, der Adel hatte politische Ämter.
 - Das Bürgertum besaß wirtschaftlichen Wohlstand, aber keinen politischen Einfluss.
 - Das Bildungsbürgertum eignete sich die Ideen der Aufklärung an.
 - Der Dritte Stand → **B** musste allein mit seinen Steuern, Diensten und Abgaben den Staatshaushalt und das Leben der ersten beiden Stände finanzieren.
- Staatskrise des Ancien Régime
 - Die Opposition schwächte die Stellung des Königs: Über die Parlamente (= Gerichtshöfe, besetzt mit Bürgerlichen und Adligen) wurden königliche Gesetze blockiert.
 - Wegen des hohen Haushaltsdefizits drohte Staatsbankrott.
 - Eine Steuer- und Finanzreform scheiterte am Widerstand der Privilegierten.
 - Wachsende Unzufriedenheit: Steuerbelastung, Missernten, Lebensmittelknappheit

Verlauf und Ergebnisse

1. Phase: Drei Revolutionen bewirkten 1789 den Umsturz des Systems:

- Die Revolution → **B** der Abgeordneten
 - Einberufung der Generalstände → **B** zur Behebung der Finanzkrise; Forderungen des Dritten Standes → **B**: Abstimmung nach Köpfen, Verfassung
 - Der Dritte Stand erklärt sich zur Nationalversammlung → **B** (Prinzip der Volkssouveränität → **B**)
 - Ballhauschwur und Zusammenschluss aller drei Stände → **B**
- Die Revolution der Stadtbürger und Bauernaufstände
 - Hungeraufstand der verarmten Handwerksgesellen und Arbeiter in Paris
 - Sturm auf die Bastille, Symbol absolutistischer Herrschaft
 - Lokale Revolten gegen adlige Grundherren auf dem Land
- Ergebnisse der 1. Phase der Revolution 1789–1791
 - Abschaffung der Feudalordnung und Bauernbefreiung
 - Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte
 - Verfassung von 1791: konstitutionelle Monarchie mit Gewaltenteilung → **B**

2. Phase: Radikalisierung der Revolution (1791–1795)

- Koalitionskriege des Auslands gegen das revolutionäre Frankreich
- Abschaffung der Monarchie, Hinrichtung des Königs, Frankreich wird Republik.
- Schreckensherrschaft der Jakobiner unter Robespierre → **P**

3. Phase: Übergang zur autoritären Herrschaft Napoleons (1795–1799)

- Herrschaft des Direktoriums: sicherte Interessen der Besitzbürger, reduzierte Einfluss der Volksmassen
- 1799 Staatsstreich des Generals Napoleon Bonaparte → **P**, Errichtung einer Militärdiktatur
- Napoleon wird Konsul auf Lebenszeit, dann Kaiser der Franzosen, Ende der Revolution
- 1804 Code civil, Zivilgesetzbuch, das die bürgerlichen Forderungen der Revolution umsetzt: persönliche Freiheit, Rechtsgleichheit, Privateigentum, Wirtschafts- und Gewerbefreiheit, Trennung von Staat und Kirche, Zivilehe und Ehescheidung

Bedeutung

- Errungenschaften: Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz; Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte; politische Umsetzung der Volkssouveränität und Gewaltenteilung.
- Napoleons Code civil verbreitete die Ideen der Französischen Revolution in Europa.

DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1945 UND 1990 – DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

AUFGABE 1

Barthel (1914–67) kommentiert die Geschehnisse vom 17. Juni aus Sicht eines SED-Propagandisten, der, in geradezu niederträchtiger Verkehrung der wahren Zusammenhänge, den Bauarbeitern der Stalinallee, die am 16. Juni gegen die erhöhten Arbeitsnormen protestiert hatten, die Schuld an den Ereignissen des folgenden Tages gibt. Er verleiht seiner Scham darüber Ausdruck, dass Arbeiter es wagen konnten, sich gegen das Regime der SED zu stellen. Dass es für die blutig niedergeschlagenen Proteste einen berechtigten Anlass gegeben haben könnte, will er nicht sehen. Er stellt sie hin als Ergebnis des Übermuts von Grobianen, denen es in der Republik zu gut gegangen sei. Das Verhalten der Arbeiter hält er für eine Schmach, die sie nur durch Fleiß und Klugheit wiedergutmachen könnten. Brechts Gedicht stellt eine ironische Kritik und indirekte Verurteilung der Position von Barthel dar. Er kommentiert Barthels Vorwürfe, indem er, ihren Tenor sarkastisch überspitzend, als Lösung des Problems vorschlägt, die Regierung möge sich ein anderes Volk wählen. Dichterische Mittel Brechts sind

- Ironie: Divergenz, nicht notwendigerweise Gegensatz, von wörtlicher und wirklicher Bedeutung,
- Sarkasmus: beißender, bitterer und/oder verletzender Spott und Hohn; oft unter Verwendung von Ironie,
- Paradox: scheinbare Widersprüchlichkeit oder Formulierung einer Idee, die der üblichen Meinung widerspricht.

Hintergründe des Aufstands

Aus Protest gegen eine im Sommer 1953 verkündete Erhöhung der Arbeitsnormen war es am 16. 6. 1953 in vielen Industriestädten der DDR zu Demonstrationen gekommen, bei denen die Rücknahme der Normerhöhung gefordert worden war. In Ostberlin, Halle, Leipzig und Magdeburg weiteten sich die Proteste am nächsten Tag zum offenen Aufstand aus. Neben den Forderungen nach Verbesserung der Arbeits- und Versorgungsbedingungen wurden nun auch Forderungen nach politischer Freiheit und Wahlen, nach Abzug der Roten und einer Wiedervereinigung laut. Hiergegen gingen DDR-Führung und SMAD gewaltsam vor. Die Aufstände wurden mithilfe der Volkspolizei und der Roten Armee blutig niedergeschlagen, mehr als 300 Menschen verloren ihr Leben.

Auch wenn der Volksaufstand auf seinem Höhepunkt in eine politische Fundamentalkritik umschlug, so war er in erster Linie das Ergebnis der Schwierigkeiten und Probleme, die der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft der DDR-Führung bereitete.

- Ab 1948 intensivierte sie die Maßnahmen, um diese zu errichten. Im Juli 1950 war erstmals ein Fünfjahresplan beschlossen worden. Dieser sah u. a. die Einrichtung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) und die weitere Verstaatlichung von Betrieben vor, zudem forcierte er den Ausbau der Schwerindustrie zulasten der Konsumgüterindustrie.

- Diese Politik führte zu Versorgungsengpässen und
- einer weitverbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich auch in einer Fluchtwelle niederschlug.
- Der immer deutlicher zutage tretende Rückstand gegenüber der BRD, aber auch Frustration über eine unterbliebene Neuausrichtung der Politik nach Stalins Tod im März 1953 waren weitere Motive des Protests, der sich im Juni Bahn brach.

AUFGABE 2

Der Artikel der SED-Zeitung vom 5. November 1953 zeigt an zwei Beispielen, dass das angestrebte Ziel einer sozialistischen Gesellschaft bei Weitem nicht erreicht ist. So sträuben sich offensichtlich die Bauern, ihren Besitz in „landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ zu überführen. Der Text lässt vermuten, dass sich zwar einige – wohl unter Druck – zum Beitritt zu einer LPG hatten bewegen lassen, aber bei der nächstbesten Gelegenheit wieder ausgetreten sind. Das zweite von der Zeitung aufgeführte Beispiel bezieht sich auf Musik und Film, also den Kulturbereich. Offensichtlich ziehen die Dorfjugendlichen amerikanische Musik und Filme den von der Staatsführung geförderten „fortschrittlichen“ Produkten vor. Die Umgestaltung zu einer sozialistischen Gesellschaft wird also in verschiedenen Bereichen von der Bevölkerung nicht mitgetragen.

Für diesen offensichtlichen Mangel an sozialistischem Geist macht die Zeitung einerseits nicht näher beschriebene ausländische Feinde verantwortlich, die angeblich mit systematischer „Wühlarbeit“ die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung „im Sinne der westdeutschen Monopolisten und Junker“ untergraben. Andererseits wirft sie der örtlichen SED-Parteiorganisation vor, dass sie das Feld dem „Klassenfeind“ überlasse. „Opportunismus“, „Sozialdemokratismus, linker Radikalismus, Cliquenwirtschaft“ hätten sich in der örtlichen Partei breitgemacht. Als wichtigste Maßnahme, um die Situation zu verändern, fordert die Zeitung eine Verbesserung der Parteiarbeit.

Beurteilung: Der Artikel erschien im November 1953, nach dem Volksaufstand vom 17. Juni in der DDR. Er zeigt die Tendenz der SED-Führung, Unzufriedenheit, Kritik und Ablehnung in der Bevölkerung gegen ihre Politik der sozialistischen Umgestaltung zu leugnen und äußere Gründe („Wühlarbeit des Klassenfeindes“) für das „widerspenstige“ Verhalten der Bevölkerung zu suchen. Schon hier zeigt sich, wie die Ideologie sich vor die Realität schiebt, die von der Führung nicht mehr wahrgenommen wird – was später einer der Gründe für den Zusammenbruch der DDR war.

AUFGABE 3

Die Karikatur von Walter Hanel aus dem Jahre 1989 ist eine Bildquelle zur öffentlichen Rezeption der Situation in der DDR 1989. Sie stellt die drohende Vernichtung der SED durch westliche Demokratieprinzipien dar.

Beschreibung der Karikatur

- Linke Bildhälfte: Eine Gruppe von drei Männern flüchtet, eine SED-Flagge vorantragend.
- Rechte Hälfte: Von rechts rollt eine gewaltige Dampfwalze heran; die vordere Walze trägt die Wörter „Wahlen“, „Dialog“, „Reformen“, „Freiheit“ sowie die Wortsilbe „kratie“.
- Im Zentrum des Bildes liegt einer der Männer bereits von der Walze erfasst am Boden.

Analyse der Bildelemente

- Männer in schwarzen Anzügen: Vertreter des Politbüros unter Leitung Honeckers
- Unaufhaltsam rollende Dampfwalze: Forderungen der Bürgerbewegung
- Im Zentrum liegt das ehemalige Staatsoberhaupt, der langjährige Führer der SED, Erich Honecker, der bereits von der Dynamik der Ereignisse 1989 (der Walze) erfasst wurde.
- Honecker ist das erste „Opfer“ der Demokratiebewegung; im Bild wurde sein Körper vom ersten Teil des Wortes „Demokratie“ niedergewalzt.
- Den fliehenden Kollegen droht offensichtlich das gleiche Schicksal.

Interpretation unter Einbeziehung des historischen Kontextes

- Die auf der Walze dargestellten Schlagwörter stellte die SED (Krenz) im November 1989 ins Zentrum ihrer Reformbekundungen.
- Karikatur und Reformbekundungen der SED stehen sich dabei kontrastiv gegenüber: Einerseits gibt die SED-Führung vor, die Forderungen der Bürgerrechtsbewegungen aufzunehmen; andererseits wird sie laut Karikatur von ihnen eingeholt und vernichtet.
- Diese Analyse Hanelns kann sich auf die weiteren Entwicklungen des Herbstes 1989 stützen: Honecker trat ab, Krenz wurde neuer Generalsekretär (18. 10.), Rücktritt der DDR-Regierung (7. 11.), personelle Änderungen im Politbüro (8. 11.), Öffnung der Grenzübergänge (9. 11.); Fazit: Die Dynamik der Ereignisse und die Kraft der Bewegung beseitigten innerhalb kürzester Zeit das SED-Regime und schließlich auch die DDR.
- Fazit:** Hanelns Karikatur ist als sehr realitätsnah, ja geradezu als prophetisch einzuordnen. Allerdings ist die Einheitlichkeit der Bürgerrechtsbewegung, wie durch die Walze dargestellt, umstritten.

AUFGABE 4

Einleitung

- Anspruch der DDR-Wirtschaftspolitik (auch noch in den 1980er-Jahren): allen Menschen eine Grundversorgung zur Verfügung zu stellen durch Planwirtschaft im Sinne des Sozialismus; jedoch in der Realität in zunehmendem Maße nicht mehr erfüllbar.
- Sich verschärfender wirtschaftlicher Krisenzyklus in den 1980er-Jahren: wachsende Staatsverschuldung, enorme Subventionszahlungen, wachsende Abhängigkeit vom Import, Versorgungsengpässe und mangelnde technische Ausstattung.
- Neue Investitionen durch die desolate Finanzsituation des Staates zunehmend unmöglich;

Beschleunigung des ökonomischen Rückstands des Landes.

- Es waren nicht zuletzt diese wirtschaftlichen Krisenmomente, die schließlich maßgeblich zu den politischen Umbrüchen am Ende des Jahrzehnts beitrugen.

Momente der Wirtschaftskrise

Quellenkritik

- M1, M2 und M3 sind Statistiken, die die wirtschaftliche Situation und Versorgung der DDR-Bevölkerung zu verschiedenen Zeitpunkten und mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung beschreiben.
- M1 (1988) aus der DDR; M2 (1989) und M3 (1981) in der BRD erstellt

M1: Stand der technischen Ausstattung in der DDR 1987

- rückständige bzw. schlechte technische Ausstattung, Großteil der Baumaschinen nur zum Teil oder nicht mehr modernisierungsfähig
- Die deutliche Verschlechterung der technischen Ausstattung des Bauwesens zwischen 1979 und 1987 zeigt der Mangel an Investitionen in den 1980er-Jahren; Grund: wachsende Zahlungsunfähigkeit des Staates.

M2: Versorgung privater Haushalte mit langlebigen technischen Konsumgütern 1960 bis 1987

- deutliche Steigerung von 1960 bis 1987 in allen Bereichen
- Effizienz der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Honecker wird deutlich.
- Aber: Nur jeder zweite Haushalt besaß ein Auto, nur 15,5 % der Haushalte Telefonhauptanschlüsse.
- Stagnation der Entwicklung in den 1980er-Jahren

M3: Vergleich des Aufwands zum Erwerb ausgewählter Güter in BRD und DDR

- In der DDR waren lediglich Güter der Grundversorgung (Strom, Eisenbahnwochenkarte, Straßenbahn-/Busfahrt, Roggen-Mischbrot) für weniger zeitlichen Arbeitsaufwand zu haben als in der BRD.
- Vermeintliche „Luxusprodukte“ wie Bohnenkaffee hingegen erforderten einen exorbitant höheren zeitlichen Arbeitsaufwand.
- Gleiche Beobachtung gilt auch für die Preise.
- Dies entsprach dem Kerngedanken von Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik, allen Bürgern eine Grundversorgung zu sichern, was nur durch staatliche Subventionen gelang.
- Folgen: einseitige Wirtschaftspolitik, wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung beim Vergleich mit dem Lebensstandard im Westen: wirtschaftlicher Niedergang.

AUFGABE 5

Vergleicht man die wirtschaftliche Situation am Vorabend der friedlichen Revolution in der DDR 1989 so wie im Vorfeld der Französischen Revolution 1789, werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich. Entscheidend ist die zentrale Steuerung der Wirtschaftspolitik durch die jeweilige politische Führung und die daraus resultierenden Missstände, unter denen die Bevölkerungen zu leiden hatten und die wesentlich zur jeweiligen Revolution beitrugen.

Gemeinsamkeiten

- Zentral gelenkte Wirtschaftsorganisation (Planwirtschaft/Merkantilismus) durch eine politisch herrschende Minderheit (SED / Adel und Klerus); Folgen: fehlende Identifizierung und Motivation aufseiten der DDR-Bevölkerung bzw. des Dritten Standes.
- Fehlende Teilhabe am internationalen Markt aufgrund minderwertiger Produkte; fehlende Konkurrenzfähigkeit beider Systeme.
- Finanzpolitische Notlage: Haushaltsdefizit und Zahlungsunfähigkeit, die durch Aufnahme ausländischer Kredite bzw. durch Aufhebung der Steuerbefreiung der Privilegierten beseitigt werden sollten.
- Fehlende politische Teilhabe (Partizipation) der Bevölkerungen.
- Überwindung der Krise: Planwirtschaft der DDR und Merkantilismus des Ancien Régime scheiterten an der Lösung der Wirtschaftskrise und steuerten in eine Revolution; Reformen kamen in beiden Fällen zu spät.

Unterschiede

- Verarmung der Bevölkerung: Während in Frankreich der gesamte Dritte Stand verarmte, gab es in der DDR keine Verarmung der Bevölkerung; Grundversorgung wurde staatlich gewährleistet [M 3].
- Ausschweifender Lebensstil der französischen Führungselite (1. und 2. Stand), hohe Ausgaben für Hof/Militär; für die SED-Führung trotz vieler Privilegien so nicht zu finden.
- Der Rechtfertigungszwang für die DDR-Planwirtschaft gegenüber der BRD existierte im absolutistischen Frankreich so nicht.

IMPERIALISMUS UND ERSTER WELTKRIEG**AUFGABE 1****Motive für eine Kolonialpolitik bei Lüderitz**

Nach Adolf Lüderitz ist mit „Geld verdienen“ pointiert das Hauptziel der Kolonialpolitik benannt. Er betont eindeutig die wirtschaftlichen Interessen der Nation, so benötige Deutschland Rohstoffquellen und Absatzgebiete.

Motive für eine Kolonialpolitik bei Bismarck

- Schwächung demokratischer Parteien: Spaltung der Nationalliberalen; Kampf gegen die einflussreichste Partei, die eine Demokratisierung der Reichsverfassung anstrebte; Isolation der „reichsfeindlichen“ Sozialdemokratie;
- Sozialimperialismus: Versuch, innenpolitische Konflikte mit imperialistischer Politik zu lösen; Außenpolitik als Instrument Bismarcks, um seine innenpolitischen Gegner zu neutralisieren.

Bismarcks außenpolitische Grundkonzeption und seine Kolonialpolitik

Im Grundsatz vertrat Bismarck eine defensive Außenpolitik. Konflikte mit anderen europäischen Großmächten wollte er vermeiden. Nach der nationalen Einigung erklärte Bismarck das Deutsche Reich für saturiert. Bismarck zielte hauptsächlich auf die Erhaltung des Status quo des bestehenden außenpolitischen

Systems. Jedoch förderte er die informelle Kolonialpolitik von privaten deutschen Unternehmen. Die internationale Afrikakonferenz (Kongokonferenz, 1884/85) in Berlin schuf die Grundlagen dafür, Afrika unter den europäischen Mächten aufzuteilen. Bismarck beabsichtigte auf der Konferenz v. a., mögliches internationales Konfliktpotenzial abzubauen.

Schlussfolgerung: Bismarcks Skepsis gegenüber einer deutschen Kolonialpolitik überwog. Seine Karte von Afrika liege – wie er betonte – in Europa. Koloniale Expansion passte nicht zu seiner außenpolitischen Konzeption. Auf dem Kontinent Einfluss zu behalten, war ihm ein wichtigeres Anliegen, als Kolonien zu gründen. Der Reichskanzler lehnte ein direktes weltpolitisches Engagement des Reiches ab, mitunter auch aus dem Grund, dass die wenigen Kolonien Verlustgeschäfte für das Reich darstellten.

AUFGABE 2

Friedrich von Holsteins Argumente gegen die deutsche Flottenpolitik um 1900 lauten:

1. Die gegen Großbritannien gerichtete Aufrüstung der Flotte fördere eine engere Verbindung zwischen dem Inselstaat und Frankreich;
2. der Aufbau einer deutschen Flotte, die der britischen gewachsen wäre, sei nicht finanzierbar;
3. bei einem möglichen Konflikt mit Frankreich sei eine Flotte nahezu unwichtig;
4. die ausdrücklich gegen Großbritannien gerichtete Aufrüstung der Flotte sei eine Bedrohung für England.

Holstein ist davon überzeugt, dass die Flottenrüstung ihr eigentliches Ziel, England zur See auf Augenhöhe gegenüberzustehen, nicht erreichen wird. Vielmehr mache man sich England unnötigerweise zum Feind. Deutschland solle dagegen seine ganze Kraft auf die Stärkung des Landheers richten. Holstein vermutet hinter der weitverbreiteten Flottenpropaganda weniger patriotische als vielmehr materielle Motive, da es beim Bau der Flotte „ungezählte Millionen“ zu verdienen gebe.

Holsteins Überlegungen basieren auf einem möglichen Konflikt Deutschlands mit Frankreich, nicht aber auf weitergehenden deutschen Weltmachtplänen („Herrschaft auf dem Meere“). Deutschland solle sich also für eine Auseinandersetzung zu Lande rüsten. Gleichzeitig gelte es, einen Konflikt mit Großbritannien zu vermeiden. Nach Holsteins Meinung sollte Deutschland auf weitgehende Weltmachtansprüche verzichten. Diese erforderten nämlich eine große Flotte und seien zwangsläufig eine Gefahr für Großbritannien. Holstein steht also im klaren Gegensatz zur zeitgenössischen deutschen Weltmachtpolitik.

AUFGABE 3

Die Denkschrift stammt vom deutschen Generalstabschef Erich von Falkenhayn. Sie analysiert die militärischen Erfahrungen nach dem ersten Kriegsjahr und zieht daraus Schlüsse für die künftige strategische Ausrichtung der deutschen Kriegsführung. Ein Adressat wird nicht ausdrücklich genannt, vermutlich soll

die Denkschrift das neue strategische Konzept vor den politischen Entscheidungsträgern erläutern und rechtfertigen.

Falkenhayn bezieht sich in seiner Analyse darauf, dass nach den ersten Monaten des Bewegungskriegs die Fronten vor allem in Frankreich im Stellungskrieg erstarrt sind. Und diese Art der Kriegführung habe gezeigt, dass das massenhafte Anstürmen der Truppen gegen gut befestigte Verteidigungsanlagen bei einem „moralisch intakten, gut bewaffneten und zahlenmäßig nicht erheblich unterlegenen Feind“ wenig Aussicht auf Erfolg verspreche.

Für die zukünftige Kriegsstrategie gegen Frankreich bedeute diese Erkenntnis Folgendes: Es komme nicht darauf an, die gegnerische Front mit riesigem Truppenaufwand zu durchbrechen, sondern den Gegner (vermutlich durch ständigen Artilleriebeschuss u. Ä.) immer weiter zu schwächen, bis sich „Frankreichs Kräfte verbluten“. Frankreich sei dabei in einer Zwickmühle, da es entweder den Kürzeren ziehe, weil Deutschland dabei weiteres französisches Terrain einnehme oder, wenn das nicht gelinge, die französischen Truppen im Dauerfeuer der Deutschen zugrunde gingen. Dieser Erfolg könne auch „mit beschränkten Kräften“ gelingen, sodass keine Truppen von anderen Fronten abgezogen werden müssten.

Aus dieser Neuausrichtung der deutschen Strategie ergab sich, dass der Krieg immer mehr zu einer Materialschlacht wurde. So war vorauszusehen, dass diejenige Partei den Sieg davontragen würde, die über die größten materiellen Ressourcen verfügte.

AUFGABE 4

Die deutsche Sozialdemokratie will sich im Sommer 1915 für einen baldigen Verständigungsfrieden einsetzen. Im August 1914 habe die Partei zwar den zur Kriegführung nötigen Krediten im Reichstag zugestimmt, sie sei dabei aber von der Überzeugung ausgegangen, dass der Krieg nur zur Verteidigung geführt werden sollte. Einen Eroberungskrieg dagegen habe sie nicht gutgeheißen, denn dieser entspreche nicht den Prinzipien der Sozialdemokratie und sei auch nicht mit den „materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands“ zu vereinbaren. In dem Aufruf vom Sommer 1915 bezieht sich die SPD offensichtlich auf weitreichende Eroberungs- und Expansionsprogramme, die damals von bestimmten Verbänden, Körperschaften oder herausragenden Persönlichkeiten öffentlich verkündet wurden. Dagegen wendet sich die Partei in ihrem Aufruf mit folgender Begründung: Angesichts der zunehmenden Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung aller Länder sei es die Pflicht der SPD als „Partei des Friedens“, sich energisch für einen raschen Verständigungsfrieden einzusetzen. Nur ein solcher Friede in „freier Vereinbarung“ mit den Kriegsgegnern biete die Aussicht auf langfristige Dauer, während ein aufgezwungener Siegfrieden den Keim für neue Konflikte in sich trage. Auch die Schwesterparteien in den anderen Ländern sollten sich für dieses Ziel einsetzen.

AUFGABE 5

Sichtweise zur Zeit der Weimarer Republik

Die Sieger des Ersten Weltkriegs sahen eine alleinige deutsche Schuld, da Deutschland bewusst und zielstrebig den Ersten Weltkrieg begonnen hätte. Im Versailler Friedensvertrag wurde die deutsche Alleinschuld festgeschrieben. Die deutsche Politik nach 1919 versuchte dagegen, einen Freispruch vom Vorwurf der Kriegsschuld zu erwirken. Oberstes deutsches Ziel war die Revision des Friedensvertrages.

Sichtweise nach 1945

– Die deutschen Historiker anerkannten keine deutsche Alleinschuld. Man rekurrierte vielmehr auf die in den 1920er-Jahren gängige These, alle Mächte seien durch das Wettrüsten in den Krieg „hineingeschlittert“.

– Fischer-Kontroverse (ab 1959): Nach Auffassung Fritz Fischers verschärfte Deutschlands Risikopolitik die Julikrise, das Deutsche Kaiserreich habe bereits vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs die Hegemonie in Europa angestrebt und expansive Kriegsziele verfolgt. Deutschland trage damit eine große Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

– Gegner Fischers wiesen die These, Deutschland habe eine überzogene Aggressions- und Machtpolitik verfolgt, zurück. Während Deutschlands Verhalten in der Julikrise zunächst als defensiv begriffen wurde, modifizierten einige Historiker im Verlauf der Kontroverse diese Position (Krieg wurde zwar nicht angestrebt, aber notfalls war man zur Offensive bereit).

Mögliche Sichtweise heute

Eine große Schuld lag bei Deutschland, dessen Führung den Kriegsausbruch mit einer riskanten diplomatischen Offensive, die den Bündnisring um Deutschland sprengen sollte, forcierte. Es war also eine hochgefährliche Konfliktstrategie, die den Krieg mit einkalkulierte. Weitere Gründe waren:

- Zwang europäischer Staatsführungen, sich innenpolitisch durch Erfolge in der Außenpolitik zu profilieren;
- Gefühl der Deutschen, stets zurückgesteckt zu haben;
- Krieg wurde immer mehr zum legitimen Mittel der Politik, um internationale Konflikte zu lösen; mögliche katastrophale Kriegsfolgen wurden nicht bedacht.

ZWEITER WELTKRIEG

AUFGABE 1

a) Flugblatt Seite 1

Das Material ist ein britisches Flugblatt, das in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges in den Monaten März und April 1940 verteilt wurde. Es richtet sich vor allem an deutsche Soldaten.

Sicht der Herausgeber auf den Charakter des Zweiten Weltkrieges

Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 und dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ostpolen beginnt der Zweite Weltkrieg in Europa.

- Kritik an Art und Weise der Kriegführung in Polen seit dem 1. September 1939

- Als Beispiel sind auf dem Plakat brennende Gebäude und Leichen zu sehen.
- Polen steht unter der Herrschaft der Gestapo (aus „Gestapo-Polen“ wird „Gestapolen“), versinnbildlicht durch den gewaltbereiten, massigen Mann in der Bildmitte, der eine Uniform mit Hakenkreuzarmbinde trägt und in der einen Hand eine Pistole, in der anderen eine Peitsche hält.
- Der Begriff „Lebensraum“ wird vom Zeichner mit dem Bild des Todes und der Verwüstung kontrastiert.

Zusammenhang von NS-Ideologie und Kriegsführung im Osten

- Die NS-Ideologie behauptete, dass der Lebensraum für die Deutschen zu knapp sei, und beabsichtigte, ihn durch Siedlungsgebiete im Osten zu erweitern (hier zunächst Polen).
- Sie ging von verschiedenen menschlichen „Rassen“ aus und behauptete, die Arier (darunter die Deutschen) seien eine höherwertige „Rasse“, die Slawen minderwertig.
- Diese Ideologie lag dem brutalen Vorgehen der Wehrmacht und SS in den ersten Kriegsmonaten in Polen zugrunde; Beispiele: Bombardierung Warschaus, rücksichtsloses Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, Juden als Opfer der NS-Rassentheorie.

Beabsichtigte Wirkung der ersten Seite

- „GESTAPOLEN“ und „Ist das der Lebensraum, für den Ihr kämpft?“ als hervorgehobene Aussagen oben und unten auf dem Flugblatt spielen auf die NS-Herrschaft in Polen und auf die NS-Ideologie an.
- Uniformierte Person im Zentrum der Darstellung, dahinter getötete Personen und verwüstetes Land weisen auf die grausame Realität hin.
- Soldaten, die das Flugblatt betrachten bzw. lesen, sollen sich mit den Zielen des Krieges und der Art und Weise der Kriegsführung auseinandersetzen; sie sollten verunsichert und zum Nachdenken gebracht werden.

b) Seite 2 des Flugblatts

Sicht der Herausgeber auf Parallelen zwischen beiden Weltkriegen

- Deutsche Annexionspolitik in Belgien 1914 am Anfang des Ersten Weltkrieges wiederholt sich 1939 in Böhmen und Polen.
- Kampf des britischen Weltreiches gegen die Annexionspolitik und Unterdrückung wird sich auch wiederholen „bis zum Endsieg!“.

Fazit: Die Herausgeber dieses Flugblattes vergleichen die Anfangsphase beider Weltkriege miteinander, stellen den Charakter der Kriege dar und sagen einen ähnlichen Ausgang voraus.

Gemeinsamkeiten beider Friedensregelungen, u. a.

- Nach den beiden Weltkriegen gab es zwei Friedensregelungen: 1919 den Versailler Vertrag und 1945 die Konferenz von Potsdam.
- Deutschland war militärisch besiegt worden.
- Friedensverhandlungen wurden ohne Deutschland geführt.
- Deutschland musste nach 1919 und nach 1945 Gebiete abtreten.
- Deutschland musste abrüsten.

- Für die entstandenen Schäden musste Deutschland Reparationen zahlen.

Unterschiede beider Friedensregelungen, u. a.

- 1919 verlor Deutschland seine Kolonien.
- 1919 blieb Deutschland ein eigenständiger Staat, während es 1945 besetzt wurde.
- Nach 1945 kam es zu sehr unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen der Besatzungszonen, da die vereinbarten Regelungen von Potsdam unterschiedlich auslegbar waren.
- 1945 kam es außerdem zu einer Umsiedlung von Millionen von Deutschen.

Charakter

- Der Versailler Vertrag von 1919 stellt eine verbindliche Regelung dar, die von der Mehrheit der Deutschen als „Diktatfrieden“ angesehen wurde, aber als Friedensvertrag von einer deutschen Regierung unterschrieben wurde.
- Die Potsdamer Konferenz von 1945 vereinbarte lediglich eine Absprache der Besatzungsmächte, die in einem folgenden Friedensvertrag noch detaillierter ausgearbeitet werden sollte.
- Die Deutschen hatten keinerlei Einfluss auf wesentliche Inhalte der Friedensregelungen.

Fazit: Es gibt einige Gemeinsamkeiten, auf die sich die Sieger 1919 und 1945 einigten, aber hinsichtlich der Verbindlichkeit der Friedensregelungen treten gravierende Unterschiede auf.

AUFGABE 2

Die sinnlosen Durchhalteappelle der nationalsozialistischen Führung forderten in den letzten Kriegsmonaten auf allen Seiten unglaubliche Opferzahlen. Insgesamt starben im Zweiten Weltkrieg ungefähr 55 Mio. Menschen. Der Aufruf ist in den letzten Kriegstagen (15. 4. 1945!) verbreitet worden, als die Rote Armee unaufhaltsam auf Berlin (Einnahme Berlins am 2. 5. 1945) marschierte; Ostpreußen war schon im März 1945 erobert worden.

Adressaten

Der Appell des Flugblatts richtete sich an die Soldaten in Schlesien, da die Front Anfang April noch östlich von Görlitz verlief, also in Schlesien. Es ist zu vermuten, dass das Flugblatt bei den Kämpfen um Bautzen Mitte April 1945 verbreitet wurde, da es im Stadtarchiv Bautzen aufbewahrt wird.

AUFGABE 3

NS-Ideologie

Das auffälligste Merkmal der NS-Bewegung waren die ambivalente Mischung aus rückwärtsgewandten ideologischen Inhalten und der Versuch, diese mit Mitteln der modernen industriellen Massengesellschaft zu realisieren. Die Nationalsozialisten wollten die Gesellschaft in eine „rassisch reine“, national und sozial kämpferische Volks- und Glaubensgemeinschaft umformen. Die Jugend wollte Hitler zu einem blindem Gehorsam erziehen, damit sie bereit war, ohne Skrupel Menschen und die Zivilisation zu vernichten.

Als Weltanschauung ist die nationalsozialistische Ideologie der Gegenpol zur Aufklärung:

– Sozialdarwinismus als vulgärphilosophische Grundlage: Im Kampf um das Dasein könne nur der Stärkere überleben („natürliche Selektion“).

– Antiindividualismus: Der eigenständige Wert eines Menschen wird bestritten: Der Einzelne sollte in der „Volksgemeinschaft“ aufgehen und diese „Volksgemeinschaft“ musste nach dem „Führerprinzip“ ausgerichtet sein. Die Gemeinschaft der „Volksgenossen“ schloss von vornherein alle jüdischen Deutschen aus. Grenzziehung, Exklusion und Selektion waren die Mittel, um die Volksgemeinschaft herzustellen.

– Konstitutiv für das völkische, nationalsozialistische Denken war ein radikaler Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Expansionismus. Humanität, Rationalität, Parlamentarismus, Demokratie und Pazifismus waren dem Nationalsozialismus ein Gräuel.

Rassenkampf, Lebensraumtheorie, rassistischer Antisemitismus und Antibolschewismus charakterisieren den Nationalsozialismus wesentlich:

– Slawen und Asiaten galten als „Kuli- und Fellachenrassen“, die der „arisch-nordischen Herrenrasse“ bestenfalls zu dienen hätten.

– Die Juden galten den Nationalsozialisten als „Gegenrasse“, als das „negative Prinzip als solches“ (Horkheimer/Adorno), ihre Besonderheit sei, dass sie zur Gründung eines eigenen Staates unfähig seien und eine „parasitäre Existenz in Wirtsvölkern“ darstellten; sie strebten nach Herrschaft durch Unterwanderung und „biologische Schwächung der Wirtsvölker“ durch Mischehen.

– Juden und Bolschewiki wurden gleichgesetzt, die Oktoberrevolution wurde als Durchbruch der „jüdischen Weltverschwörung“ begriffen.

Nationalsozialistische Folgerungen

Im Überlebenskampf aller gegen alle müssten die Juden als Feinde der Menschheit ausgerottet werden. Das deutsche Herrenvolk dagegen finde den für seine Expansion nötigen Lebensraum am leichtesten in dem von Slawen besiedelten und von Kommunisten (= Juden) beherrschten Osten. Somit müsse schnellstmöglich der Krieg im Osten mit brutalster Gewalt vorbereitet werden. Das angestrebte Großreich sollte also im Osten errichtet werden, der bisher lediglich von „slawischen Untermenschen“ bewohnt sei. Der Krieg im Osten wurde zum Weltanschauungskampf mit wirtschaftlichen Absichten. So verfolgte das NS-Regime in den eroberten Gebieten der Sowjetunion eine Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik. Es sollten alle vernichtet werden, die aus Sicht der Nationalsozialisten der deutschen Herrschaft im Wege stehen konnten. Die Einwohner sollten als „Untermenschen“ für deutsche Zwecke ausgebeutet und dezimiert werden. Das Kriegsvölkerrecht wurde gegenüber der Sowjetunion als nicht verbindlich angesehen.

Verschiedene, miteinander konkurrierende Gewalten halfen bei der Durchführung dieser Ideologie: Kriegsheer, SS, NS-Zivilverwaltung sowie besonders die Reichskommissariate und der Wirtschaftsführungsstab Ost unter Göring. Auch die Wehrmacht war an

diesen Verbrechen beteiligt. Nach dem Kommissarbefehl z. B. sollten sog. sowjetische Politikommissare und Parteifunktionäre, die als Hauptträger des Bolschewismus angesehen wurden, sofort getötet werden.

Die Einsatzgruppen ermordeten Hunderttausende von Menschen. Es starben mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Gefangenschaft durch unmenschliche Behandlung. Das Aushungern der Bevölkerung, rücksichtsloses Vorgehen gegen oft nur vermeintlichen sowjetischen zivilen Widerstand und Terror wie die Strategie der „verbrannten Erde“ beim Rückzug der Wehrmacht kosteten mindestens 15 Mio. Zivilisten das Leben.

Der Mord an den jüdischen Menschen der UdSSR war das wichtigste Ziel der deutschen Vernichtungspolitik. Über zwei Millionen starben bei Massenerschießungen, in den Gettos oder in den Vernichtungslagern.

AUFGABE 4

Formalanalyse

– Redner: Graf Schwerin von Krosigk, seit 1932 Finanzminister und seit 30. 4. 1945 außerdem Regierungschef und Außenminister

– Adressat: explizit die deutsche Bevölkerung, indirekt auch die Alliierten

– Die Rundfunkansprache wurde am 7. 5. 1945 gehalten anlässlich der deutschen Kapitulation, einen Tag vor deren Inkrafttreten.

– Quellengattung: Quelle, politische Rede

– Thema: die deutsche Kapitulation und die Zukunft des besiegten Deutschlands

– Intention: Der Redner will die Bevölkerung über die Kapitulation informieren und diese rechtfertigen, außerdem eine (positive) Zukunftsperspektive für die Nachkriegszeit entwickeln.

Inhalt und Argumentationsgang

– Schwerin von Krosigks Ansprache widmet sich zwei Themen: der deutschen Kapitulation und (darauf liegt der Schwerpunkt) der Zukunft Deutschlands.

Information über die bedingungslose Kapitulation und ihre Umstände:

– Weitere Opfer und Zerstörungen sollen verhindert werden; die Kraft Deutschlands sei erschöpft, die Gegner übermächtig.

– Würdigung der Leistungen der Deutschen im Krieg („heldenmütige[r] Kampf“; „Heldenkampf“) Zukunftsperspektiven für das Leben nach und mit der Niederlage:

– zu erwartende Härte der alliierten Maßnahmen gegenüber Deutschland: „Schwere“, „Opfer“

– Versuch, den Zuhörern Mut zu machen

– Beschwörung von drei deutschen Leitwerten (3. Strophe des Deutschlandliedes): „Einigkeit und Recht und Freiheit“, „Unterpand“)

1. Einigkeit: wie im vergangenen Krieg („Frontkameradschaft“), so sei Einigkeit auch für die Bewältigung der schweren Zukunft nötig (Beschwörung der „Volksgemeinschaft“, Warnung vor innenpolitischen Kämpfen)

2. Recht und Gerechtigkeit: als oberste Prinzipien im Inneren und in der Außenpolitik; Hoffnung auf Versöhnung mit dem europäischen Ausland

3. Freiheit: scheint als Ergebnis der Versöhnung möglich
Schluss: Erinnerung an die positiven Traditionen und Kulturleistungen Deutschlands; Wille, als Glied der „christlich-abendländischen Kultur“ einen Beitrag zum Frieden zu leisten; Bitte um Beistand und Segen Gottes

Historischer Kontext

Konkrete historische Sachverhalte, die vom Redner genannt werden:

- „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands, Großadmiral von Dönitz, Überlegenheit der alliierten Streitkräfte, Dimensionen des Krieges („unvergleichliche Härte“, „furchtbare Opfer“), schwere Friedensbedingungen

Einordnung mithilfe eigenen Hintergrundwissens:

- Kapitulation am 7. Mai bzw. 8. Mai gegenüber den Westalliierten in Reims und der Sowjetunion in Berlin; gut eine Woche zuvor waren nach Hitlers Selbstmord die Staatsführung und der Oberbefehl auf Großadmiral von Dönitz übergegangen.

- Das alliierte Kriegsziel „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands und seiner Verbündeten bedeutete: keine vorzeitigen einseitigen Abmachungen mit Deutschland; Annullierung etwaiger deutscher Ansprüche nach Kriegsende.

- Die Anti-Hitler-Koalition entstand im Jahr 1941. Bis dahin hatte allein Großbritannien der deutschen Expansion in Europa erfolgreich getrotzt. Mit dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion im Sommer 1941 und dem japanischen Angriff auf die US-Flottenbasis Pearl Harbour (Ende 1941) weitete sich der europäische Krieg zu einem Weltkrieg aus; Großbritannien, die USA und die ideologisch verfeindete und zuvor mit Deutschland verbündete Sowjetunion wurden Alliierte.

- Kriegskonferenzen der Alliierten seit 1943 in Casablanca, Teheran und Jalta (Anfang 1945); Absprachen über Kriegsstrategie, Neugestaltung Europas, Behandlung Deutschlands; wesentliche Entscheidungen wurden bereits hier getroffen; der Redner konnte recht genau wissen, was nach der Kapitulation auf Deutschland zukam.

Der militärische Zusammenbruch Deutschlands war eine Frage der Zeit:

- Anfang 1943: deutscher Vormarsch im Osten bei Stalingrad gestoppt

- Juni 1944: Landung der Westalliierten in der Normandie, Eröffnung der 2. Front

- Anfang 1945: Alliierte hatten im Westen und Osten deutschen Boden erreicht

- Als die neue Führung (von Dönitz, Schwerin von Krosigk) ihr Amt antrat, war der Krieg längst verloren. Dennoch wurde der Kampf gegen die Sowjetunion so lange wie möglich fortgesetzt, damit die Westmächte weiter vorrücken konnten und möglichst wenig Deutsche in die Hände der Roten Armee gerieten.

Schwerin von Krosigks Redestrategie

Ziele des Redners:

- Den Deutschen trotz Niederlage, Kriegsverbrechen und Diktatur eine Identifikation mit der Vergangenheit ermöglichen

- Die Bereitschaft erzeugen, die zu erwartenden schweren Kapitulationsbedingungen zu ertragen und konstruktiv damit umzugehen

- An die Versöhnungsbereitschaft der Siegermächte appellieren und Deutschland als verlässliches Mitglied der europäischen Wertegemeinschaft empfehlen

Dies erreicht er durch folgende Mittel:

- Hitler selbst, das NS-Regime und seine Verbrechen werden ebenso übergangen wie der wahre Charakter des Krieges als Eroberungskrieg.

- Einsatz im Krieg als „Heldenkampf“ verklärt, eigene Opfer und eigenes Leid betont

- Deutschland wird nicht als Täter, sondern als Opfer gesehen: des Schicksals („tragisch“, „Unglück“), des Krieges, des Auslands („des Hasses“)

- Rettung des Nationalstolzes durch den Appell an die Idee der „Volksgemeinschaft“, die er anscheinend nicht als diskreditiert ansieht; durch Rückgriff auf das Deutschlandlied und die Konstruktion eines „echten deutschen Wesens“; Anknüpfung an das 19. Jh. und das Kaiserreich

- Erzeugung eines Gefühls der Verbundenheit durch rhetorische Mittel wie Anaphern: „niemand“, „wir müssen“, „wir dürfen“, „wir müssen“; häufige Verwendung der Pronomen „wir“ und „unser“; gelegentliche Metaphorik zeigt das Pathos der Ansprache: „drei Sterne“ leuchten durch das „Dunkel der Zukunft“

- Vorsichtige Selbstkritik (an die Siegermächte gerichtet): Recht, Gerechtigkeit und Vertragstreue müssten die Grundlage der inneren und äußeren Politik werden; unausgesprochen bleibt: in der Vergangenheit waren sie es nicht.

Beurteilung der Einschätzungen des Redners

Einschätzungen zur Vergangenheit Deutschlands:

- Schwerin von Krosigks Aussagen zum Zweiten Weltkrieg sind knapp und einseitig: Er betont den „heldenmütigen Kampf“ der Deutschen, beklagt die (deutschen) Opfer; nicht erwähnt wird: deutscher Angriffskrieg gegen fast alle europäischen Nachbarn, deutsche Kriegsverbrechen.

- Angemessen erscheint sein Urteil: Krieg mit „unvergleichlicher Härte“ geführt; Deutschlands Niederlage in der Übermacht der Gegner begründet; nicht erwähnt wird: die beispiellose Gewalt, die von Deutschland ausging (totaler Krieg, Vernichtungskrieg im Osten, Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung); Verantwortlichkeit der Deutschen für Krieg und Niederlage.

- Keine Stellungnahme zum NS-Regime, auch Hitler wird nicht erwähnt; Idee der „Volksgemeinschaft“ (zentraler Begriff der NS-Ideologie) als richtungweisend auch für die Zukunft herausgestellt, dabei sowohl auf die Kriegssituation („Frontkameradschaft“) als auch auf die Innenpolitik bezogen; Vorbehalte gegen eine pluralistische Demokratie, Parteien und Parlament werden sichtbar.

- Rückgriff auf angeblich zeitlose deutsche Werte: „Einigkeit und Recht und Freiheit“; Deutschland als Teil der „europäischen Völkerfamilie“ und der „christlich-abendländischen Kultur“ aufgrund „unvergänglicher“ Kulturleistungen Deutschlands; kontinuierliche Geltung dieser Werte in der NS-Zeit wird behauptet.

Einschätzungen zur Zukunft Deutschlands:

- Erwartung harter Kapitulations- und Friedensbedingungen ist realistisch.
- Vorstellungen der Alliierten standen zum Zeitpunkt der Rede z. T. bereits fest (Jalta), z. T. wurden sie im Sommer 1945 ausgehandelt und formuliert (Potsdam): Verlust der Souveränität durch das Besatzungsstatut, Einteilung in vier Besatzungszonen, Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Gebietsverluste im Osten; Teilung Deutschlands war nicht vorhersehbar.
- Zukunftsvision: Rechtsstaatlichkeit als leitendes Prinzip im Inneren, Achtung des Rechts in der Außenpolitik, Versöhnung, Integration Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft: Erwartungen scheinen vermessen.
- Keinerlei Einsicht des Redners in Verantwortung oder Schuld Deutschlands ist zu erkennen.
- Keine Erwähnung, dass das NS-Regime das Recht in der Innen- und Außenpolitik aufs Größte verletzt hat; dass das NS-Regime die Völkergemeinschaft verlassen hat (z. B. Austritt aus dem Völkerbund, Verletzung zahlreicher Verträge, Angriffs- und Eroberungskriege, Völkermord).
- Kurswechsel eines führenden Funktionsträgers der NS-Diktatur aus Überzeugung scheint unglaubwürdig, eher Zeichen des guten Willens an die Siegermächte.
- Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates in Westdeutschland sowie die wirtschaftliche, politische und militärische Integration der Bundesrepublik geschah nicht aufgrund der genannten Faktoren, sondern aufgrund des Ost-West-Konflikts (Antikommunismus als verbindende Idee bestimmte die Entwicklung Deutschlands).
- Entsprechendes gilt für die Integration der DDR in den Ostblock.

KALTER KRIEG

AUFGABE 1

Churchill schreibt unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an den amerikanischen Präsidenten Truman, der dem kurz zuvor verstorbenen Amtsvorgänger Roosevelt gefolgt war. Offensichtlich ist er von dem Vorgehen der sowjetrussischen Regierung unter Stalin in Osteuropa erheblich beunruhigt. Er meint damit vermutlich die Etablierung einer prosowjetischen Regierung in Polen, die Ausschaltung nicht kommunistischer Gruppen sowie die rasche Sowjetisierung in Rumänien, Bulgarien und Ungarn nach dem Einmarsch und der Machtübernahme der Roten Armee. Das alles ist nach Churchills Überzeugung nicht durch die gemeinsamen Beschlüsse von Jalta gedeckt und ein Indiz für den aggressiven und expansiven Charakter der sowjetischen Politik. Bei einer militärischen Entblößung Westeuropas drohe bei der Truppenüberlegenheit der Sowjets ein Vormarsch der Roten Armee bis an den Atlantik. Churchill will Truman auf die Bedrohung durch die UdSSR aufmerksam machen. Aus seiner Sicht der Dinge ergeben sich folgende Konsequenzen: (1) eine

weitere enge Zusammenarbeit der USA und Großbritanniens über das Kriegsende hinaus; (2) ein Auseinanderbrechen der sogenannten Anti-Hitler-Koalition; (3) eine längerfristige starke militärische Präsenz der Westmächte, vor allem der USA, in Europa; (4) eine machtpolitische Absicherung des Gebiets westlich des „Eisernen Vorhangs“ durch die Westmächte; (5) eine neue Frontstellung zwischen der UdSSR einerseits sowie den Westmächten andererseits; (6) langfristig die Spaltung Deutschlands.

AUFGABE 2

Sir Ivone Kirkpatrick, als Hoher Kommissar höchster Vertreter Großbritanniens in der Bundesrepublik, sprach im Herbst 1950 vor amerikanischen Offizieren in Frankfurt über eine mögliche Wiederbewaffnung der BRD. Man kann davon ausgehen, dass er damit die Haltung der britischen Regierung zum Ausdruck brachte. Hintergrund seiner Überlegungen war sicherlich der Koreakrieg, der im Juni des gleichen Jahres ausgebrochen war. Im damaligen Verständnis war dieser Krieg eine bewaffnete Eskalation der fundamentalen Systemauseinandersetzung zwischen westlichem und östlichem Lager und zeigte die angeblich expansionistischen Ziele der jeweils anderen Seite. Eine besondere Brisanz gewann der Konflikt in Korea wegen seiner Vergleichbarkeit mit der Lage in Mitteleuropa. Auch hier standen sich die beiden weltpolitischen Kontrahenten in einem geteilten Land gegenüber. Aus westlicher Sicht drohte also wie in Korea auch in Mitteleuropa ein Angriff der Kommunisten (UdSSR) auf das westliche Lager, repräsentiert durch die BRD. Aus dieser Lagebeurteilung ergaben sich für die Briten klare Konsequenzen: Deutschland (gemeint ist die BRD) könne nicht neutral bleiben, da es dann wie eine Maus hilflos der (sowjetischen) Katze ausgeliefert sei. Es müsse, so wie ganz Westeuropa, durch Truppenverstärkungen und andere militärische Maßnahmen gegen einen möglichen Angriff aus dem Osten gewappnet werden. In diesem Zusammenhang nun forderten die Briten von den Deutschen einen Verteidigungsbeitrag. Die westlichen Alliierten (gemeint vor allem USA und Großbritannien) könnten die Lasten des militärischen Schutzes auf Dauer nicht alleine tragen. Außerdem sei es nicht hinzunehmen, dass die Westdeutschen die Vorteile der Zugehörigkeit zum westlichen Lager in Anspruch nähmen, sich aber vor den damit verbundenen Pflichten drückten.

Schließlich stellte Kirkpatrick gewissermaßen ein Ultimatum: Ohne die Bereitschaft zu einem Verteidigungsbeitrag könne die BRD nach britischer Überzeugung auch nicht voll und ganz ins westliche Lager aufgenommen werden. Diese „Drohung“ hängt sicherlich damit zusammen, dass eine Wiederbewaffnung bei großen Teilen bundesdeutscher Politik und Öffentlichkeit 1950 noch äußerst unpopulär war.

AUFGABE 3

Der Brief Chruschtschows ist in dreierlei Hinsicht bemerkenswert. Zunächst einmal fällt die erstaunlich

zurückhaltende und sachliche Sprache auf, die auf Propagandafloskeln und Kampfbegriffe wie „Klassenfeind“, „US-Imperialismus“, „aggressive kapitalistische Unterdrücker“ u. Ä. verzichtet, wie sie aufseiten der UdSSR bisher im öffentlichen Verkehr mit den Amerikanern üblich waren.

Zum anderen ist die am Ende des Textes deutlich werdende Kompromissbereitschaft Chruschtschows hervorzuheben („Lassen Sie uns eine Vereinbarung treffen ...“). Damit signalisierte er seinem Adressaten in Washington, dass es der von ihm vertretenen sowjetischen Seite nicht mehr um den vollständigen Sieg und eine gleichzeitige Niederlage der Amerikaner im Kalten Krieg ging.

Und schließlich ist das von Chruschtschow betonte beiderseitige Interesse an der Erhaltung des Friedens auffällig. All das lässt darauf schließen, dass die russische Seite nach den Erfahrungen der Kubakrise und nach der Stabilisierung der Lage in Mitteleuropa durch den Mauerbau in Berlin im Jahr zuvor die Zeit der aggressiven Systemauseinandersetzung beenden wollte. Für die Zukunft eröffnete Chruschtschow gleichzeitig die Möglichkeit eines weitgehend friedlichen Nebeneinanders der beiden rivalisierenden Lager in Ost und West. Insofern ist dieser Brief ein bedeutsames Dokument in der Geschichte des Kalten Krieges. Er markiert einen Wendepunkt von einer durch Kriegsdrohungen und aggressive Propaganda geprägten Zeit zu einer Periode der „friedlichen Koexistenz“.

AUFGABE 4

Kissingers Sicht auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis

Nach Kissinger besteht die Herausforderung der Zeit darin, „die Realität der Konkurrenz mit dem Imperativ der Koexistenz zu vereinbaren“. Mit dem Begriff der Koexistenz greift Kissinger eine außenpolitische Leitlinie der sowjetischen Politik auf, die Nikita Chruschtschow bereits 1956 zum Grundsatz seiner Politik erklärt hatte. Trotz seines Plädoyers für Koexistenz geht Kissinger aber nicht davon aus, dass die prinzipielle Rivalität zwischen den beiden Supermächten abgebaut werden könnte:

– Vielmehr besteht er darauf, den Unterschied zwischen „Freiheit und Tyrannei“, zwischen westlicher Welt (Demokratie, Freiheit, Marktwirtschaft) und „Ostblock“ (Einparteienherrschaft und Kommunismus), nicht zu leugnen. Die USA seien nicht neutral, sie stünden für Freiheit.

– Den „aggressiven Handlungen“ der UdSSR müsse auch entgegengetreten werden, allerdings nicht leichtfertig, da die atomaren Gefahren bei einer eventuellen Eskalation zu groß sind, denn die Nationen hätten ein Interesse an (Selbst-)Erhaltung des menschlichen Lebens.

Fazit: Henry Kissinger spricht richtigerweise vom „Nuklearzeitalter“. Zwischen den beiden Supermächten USA (Atomwaffenmacht seit 1945) und UdSSR (Atomwaffenmacht seit 1949) herrschte ein atomares Patt. Es existierten mehrfache Overkillkapazitäten, die

der Abschreckung dienten, weswegen nach Kissinger „die Frage von Krieg und Frieden von einer bisher nie da gewesenen Dringlichkeit“ geworden ist, denn es bestehe zum ersten Mal die Möglichkeit, „die Menschheit zu vernichten“. Die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, gebiete auch, die Grenzen anzuerkennen, die der freien Welt gesetzt seien, „innere Veränderungen in anderen Ländern zu bewirken“. Kissinger formuliert in seiner Rede Grundsätze einer Entspannungspolitik. Diese implizierten auch, dass Oppositionsbewegungen in den kommunistischen Ländern nicht um jeden Preis unterstützt wurden, da die „Erhaltung des menschlichen Lebens“ Vorrang genieße.

AUFGABE 5

Will man den Untergang der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges ergründen, muss man die Geschichte und Entwicklung der UdSSR einerseits und die Politik der Westmächte unter Führung der USA andererseits berücksichtigen.

Es gab eine Reihe von internen Gründen, die für den Zerfall der UdSSR verantwortlich waren. Die Sowjetunion hatte aufgrund ihrer fast ständigen wirtschaftlichen Rückständigkeit ihren eigenen Anspruch, Vorbereiterin der Weltrevolution zu sein und den Westen ökonomisch und im Lebensstandard zu überflügeln, nicht einlösen können. Dadurch hatte sie ihre Anziehungskraft und Vorbildfunktion verloren, die sie kurz nach ihrer Gründung noch ausgezeichnet hatten. Noch abschreckender wirkte der repressive und brutale Druck, den Stalin in den 1930er-Jahren und seine Nachfolger nach dem Zweiten Weltkrieg zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und zur Sicherung ihres Machtbereichs ausgeübt haben. Insofern war die Zeit des Kalten Krieges durch einen ständigen mehr oder weniger starken Widerstand gegen Moskau und den Kommunismus innerhalb des sowjetischen Machtbereichs gekennzeichnet. Es war vorauszusehen, dass, sobald der von Moskau ausgeübte Druck nachließ bzw. nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, das System mit großer Wahrscheinlichkeit zusammenbrechen würde, da die inneren Stabilisierungskräfte zu schwach und die Übereinstimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung mit dem politischen und gesellschaftlichen System des Sozialismus sowjetischer Prägung zu gering war. Aber auch die Politik des Westens trug zum Niedergang des Ostblocks bei. Vor allem amerikanische Politiker sind davon überzeugt, dass die „Politik der Stärke“, wie sie zum Schluss noch einmal in der Ankündigung des SDI-Programms zum Ausdruck kam, letztlich zum Erfolg geführt hat. Dadurch sei die UdSSR in einen Rüstungswettlauf getrieben worden, der sie an ihre ökonomischen Grenzen stoßen ließ. Auch das westliche Konzept einer friedlichen Annäherung, wie sie der US-Präsident Kennedy und der deutsche Politiker Egon Bahr mit seinem Programm eines „Wandels durch Annäherung“ entwickelt hatten, trug zur Destabilisierung der UdSSR bei. Durch offenere Informations- und Handelspolitik und verbesserte menschliche Kontakte wurden die starren Grenzen des Ostblocks nach und nach aufgeweicht.

Will man zu einem abgewogenen Urteil kommen, so spricht vieles dafür, dass die aufgeführten internen und externen Faktoren in ihrem Zusammenwirken den Zusammenbruch der UdSSR bedingt haben. Die finanziellen Belastungen der UdSSR durch den Zwang zur Weiterrüstung, die wachsenden Konsumansprüche der Bevölkerung des Ostblocks und der steigende Wunsch nach persönlicher Freiheit und politischer Selbstbestimmung, wie er z. B. in der KSZE-Schlussakte von Helsinki festgehalten war, entwickelten eine Stoßkraft, der man auf sowjetischer Seite nur mit massiver Gewalt hätte begegnen können. Es ist sicherlich das historische Verdienst Gorbatschows, dass er diesen Weg nicht beschritten, sondern auf friedliche Reformen gesetzt hat. Dass er damit den Untergang der UdSSR und das Auseinanderfallen des Ostblocks bewirken würde, hat er sicher nicht vorausgesehen.

EUROPÄISCHE EINIGUNG

AUFGABE 1

In Churchills Vortrag zeichnen sich seine Vorstellungen der „Vereinigten Staaten von Europa“ nur recht vage ab. Immerhin spricht er von einem gesamteuropäischen Patriotismus, einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit und einem wie auch immer zusammengesetzten Europarat. Dieses vereinte Europa könne eine wichtige Rolle in der neu gegründeten UNO spielen. Diese könne nämlich nur gut funktionieren, wenn sie sich auf „zusammenhängende natürliche Gruppen“ stütze. Dabei hat Churchill zum einen Großbritannien mit seinem „Commonwealth of Nations“ im Auge, zum anderen die USA und die UdSSR. Er hält es für wünschenswert, dass sich dazu eine weitere Gruppe gesellt, nämlich die europäischen Länder unter Führung Frankreichs und Deutschlands. Er ist sich sicher, dass Großbritannien und die USA dieses Projekt unterstützen werden, und hofft sogar auf dessen Förderung durch die UdSSR. Für die UNO bedeute das, dass sie sich in Zukunft bei ihrer Arbeit auf diese vier „natürlichen“ Großgruppen stützen könne. Interessant ist, dass Churchill überhaupt keinen Gedanken an die Länder der Dritten Welt verschwendete; diese tauchen in seiner Zukunftsvision allenfalls als koloniale Anhängsel wie z. B. im britischen Commonwealth auf. Von einer Freigabe der Kolonien ist keine Rede, obwohl z. B. die indische Unabhängigkeit unmittelbar bevorstand. Insofern entwickelte Churchill zwar eine Zukunftsvision für Europa, zeigte aber eine gewisse weltpolitische Blindheit.

AUFGABE 2

Politische Motive: Friedenssicherung auf europäischer Ebene in einer durch Krieg gefährdeten Welt; besonders wichtig die Beilegung der Jahrhunderte alten deutsch-französischen Rivalität; Kontrolle der für eine mögliche deutsche Wiederaufrüstung nutzbaren Schwerindustrie.

Ökonomische Motive: Verbesserte Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau nach

dem Zweiten Weltkrieg; Schaffung einer europäischen Produktionsgemeinschaft zur Ankurbelung aller an dem Projekt beteiligten Volkswirtschaften.

AUFGABE 3

1. Der französische Präsident de Gaulle hat grundsätzliche Einwände gegen eine Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG. Das Land unterscheide sich grundlegend von den kontinentaleuropäischen Staaten. Der Inselstaat sei viel stärker mit überseeischen Märkten verflochten, sein wirtschaftlicher Schwerpunkt liege primär auf Industrie und Handel, weniger auf der Landwirtschaft und es habe eigene „Gewohnheiten und Traditionen“.

All das erschwere eine Eingliederung Großbritanniens in die EWG. Besonders hebt de Gaulle die Einfuhr von Lebensmitteln aus Übersee und die Subventionierung der Landwirtschaft als mit den Prinzipien der EWG unvereinbar hervor. Diese untersagten nämlich Subventionen und regelten besonders den Agrarmarkt im Sinne ihrer Mitglieder dadurch, dass sie einen offenen agrarischen Binnenmarkt mit festgelegten Preisen organisierten und im Gegenzug Strafgeder auf die Einfuhr billiger Lebensmittel von außerhalb erhöhen. Außerdem stünden die Vorzugszölle zwischen Großbritannien und dem Commonwealth sowie seine Mitgliedschaft in der europäischen Freihandelszone (EFTA) dem Beitritt zur EWG im Wege.

2. Die Bedenken de Gaulles sind symptomatisch für die Problematik, innerhalb der europäischen Gemeinschaft nationale Sonderinteressen mit den Gemeinschaftsinteressen in Einklang zu bringen. Bei einem überstaatlichen Zusammenschluss müssen zwangsläufig Kompromisse eingegangen werden. Diese Schwierigkeiten ziehen sich wie ein roter Faden durch den europäischen Einigungsprozess.

AUFGABE 4

Herzog und Gerken sehen die Hauptgründe dafür, dass die Völker bzw. die Regierungsvertreter der EU-Mitglieder die europäische Verfassung nur teilweise akzeptierten, in ihrem Kompromisscharakter. Sie habe nämlich versucht, zwei sich eigentlich ausschließende Europavorstellungen unter einen Hut zu bringen. Die eine Seite favorisiere ein „Europa der Vaterländer“, einen relativ losen Staatenbund, dessen Mitglieder auf möglichst wenige nationale Souveränitätsrechte verzichten müssten und nur wenige Befugnisse an die EU-Zentrale abzugeben hätten.

Die andere Seite denke dagegen eher an einen europäischen Bundesstaat mit effektiven staatlichen Organen, mit mehr demokratischer Transparenz sowie mit Strukturen, die den Prinzipien der Gewaltenteilung gehorchten. Das bedeute die Schaffung eines souveränen europäischen Parlaments mit einer nur von diesem abhängigen Regierung, die ihre Entscheidungen weitgehend unabhängig von den Regierungen der Mitgliedsländer treffen könne.

DUDEN

VERSTÄNDLICHE SCHRITT-FÜR-SCHRITT-ANLEITUNGEN ZU TYPISCHEN ABITURAUFGABEN

- Mit allen Topthemen zur Prüfungsvorbereitung
- Aufgaben und Lösungen für alle drei Anforderungsbereiche
- Angepasst an Prüfungen für Grund- und Leistungskurse
- Prägnante Kurzdarstellungen des notwendigen Lernstoffs
- Extrakapitel zu den wichtigsten Operatoren
- Geeignet für alle Bundesländer

Schrittweise zum sicheren Abiturserfolg
in Geschichte!

www.duden.de

ISBN 978-3-411-77003-8
12,99 €(D) · 13,40 €(A)

